



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 258. Mittags-Ausgabe.

Stierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 6. Juni 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Triest, 4. Juni. Die „Triester Zeitung“ enthält ein Schreiben Ruffes vom 25. Mai, an Gerardin, Ober-Agenten der Suez-Gesellschaft in Alexandrien, in welchem es unter Anderem heißt: die edle und loyale Haltung des Sultans bei seiner Anwesenheit in Aegypten habe den Grundsätzen in der bekannten Note der Pforte, in welcher der Versuch gemacht worden, den Fortschritt des Suez-Kanalbaues aufzuhalten, das feierlichste Dementi gegeben. Der Prinz Napoleon habe bei seinem Auszuge nach dem Nilbus die feste Ueberzeugung geäußert, der Suez-Kanal werde bald eine vollendete Thatsache sein.

Aus Konstantinopel wird vom 30. Mai gemeldet, daß die Pforte eine Circularnote an ihre Gesandten in der polnischen Angelegenheit erlassen habe, worin gleichzeitig die Bestrebungen Rußlands zur Unterjochung der Tscherkessen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei bedauernd erwähnt werden. In Konstantinopel waren tscherkessische Emigranten abermals angekommen. Die Tscherkessen wollten eine Deputation an die Pforte senden, um eine Vermittlung bei Rußland zu erwirken.

Aus Athen vom 30. Mai wird berichtet, daß die National-Versammlung beschlossen habe, dem zukünftigen Könige von den an die Schutzmächte zu zahlenden Zinsen 12.000 Pfd. als Leibrente auszusprechen, falls die Schutzmächte hierzu ihre Einwilligung geben.

London, 4. Juni. Die mit der Ueberlandpost aus Schanghai eingetroffene Nachrichten vom 22. April lauten günstig. Die Städte Kooohang und Taelhom haben sich den kaiserlichen Truppen ergeben. Die Besatzung letzterer Stadt hatte sich für die Kaiserlichen erklärt. Die Belagerung von Chianfu ist aufgehoben worden.

Kraun, 4. Juni. Die für die Insurrection nachtheiligen Berichte aus Bolyhynien und Bodoien, welche von Lemberg aus verbreitet wurden, sind falsch und stammen von einer russischen Agentur. In Bolyhynien fanden für die Polen glückliche Geschehnisse statt, bei Berdyczew und Rawabozze unter Sychmal, am 30. v. M. bei Konin unter Doborski. Am 28. haben Czadowski und Kononowicz bei Sandomierz und Bialobregi eine Escadron Dragoner und vier Compagnien Infanterie umzingelt, geschlagen und beinahe völlig vernichtet.

Preußen.

Berlin, 5. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Ober-Tribunals-Rath Ernst Ferdinand Hopner zu Berlin den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen Oberbürgermeister, Geheimen Regierungs-Rath Stupp zu Köln den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen Landrath des Kreises Prenzlau, Geheimen Regierungs-Rath und Major a. D. von Stalpnagel-Dargitz, den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse, dem ordentlichen Professor Dr. Weil zu Heidelberg den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, und dem Magistratsdiener und Kastellan Grabow zu Luckau das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Geheimen Revisions-Rath bei dem Revisions-Collegium für Landeskultur-Sachen, Dr. juris Mollard, zum Ober-Tribunals-Rath; so wie den Appellationsgerichts-Rath Küttner zu Posen in gleicher Eigenschaft an das Appellationsgericht in Frankfurt zu versetzen, so wie die Kreisgerichts-Räthe Rockstroh in Nordhausen und Neumann in Brandenburg, zu Appellationsgerichts-Räthen, ersteren in Frankfurt und letzteren in Raumburg; desgleichen den Regierungs- und Forstath von Wurm zu Danzig zum Oberforstmeister zu ernennen; und dem Regierungs-Sekretär Gieselbarth zu Potsdam, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der königl. Bau-Inspector Dallmer zu Uerzig bei Wittich ist in gleicher Eigenschaft nach Gumbinnen versetzt worden.

Der bisherige Kreisgerichts-Rath Bernerkind in Coesfeld ist vom 1. Juli d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Münster und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts daselbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Münster und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Titels „Kreisgerichts-Rath“ den Titel „Justiz-Rath“ zu führen.

Der bisherige Kreisrichter Schloffer in Siegen ist vom 1. Juli d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Arnsberg und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Arnsberg ernannt worden.

Der Dr. phil. Heinrich Barth hieselbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen königl. Universität ernannt worden.

Der bisherige Privatdocent Dr. A. J. Förster in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der königl. Universität daselbst ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der Staats-Schuldscheine, der Staatsanleihen von 1856 und 1859 und der Neumarktschen Schuldverschreibungen können in Berlin schon vom 15. d. Mts. ab in den Wochentagen, mit Ausschluß der drei letzten Tage jedes Monats, bei der Staats-Schulden-Zinsungskasse, Drantienstraße 94 unten links, Vormittags von 9 bis 11 Uhr, gegen Ablieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden. Die Coupons müssen nach den einzelnen Schuldengattungen geordnet, und es muß ihnen ein, die Stückzahl und den Betrag der verschiedenen Appoints enthaltendes, aufsummirtes und unterschriebenes Verzeichniß beigelegt sein. Berlin, den 1. Juni 1863. Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden. v. Wedell. Gamet. Meinede.

Babelsberg, 4. Juni. [Se. Maj. der König] nahmen heut den Vortrag des Marine-Cabinet's entgegen, und empfingen den Oberst und Flügel-Adjutanten von Loen. Zum Diner haben die Commandeure des Garde-Gülfaren, des 1. und 3. Garde-Infanterie-Regiments und die Präsidenten der hiesigen Regierung Einladungen erhalten.

Pl. Berlin, 5. Juni. [Verwarnung. — Reg.-Assessor v. Pannwitz.] Die „Volks-Zeitung“ hat, und zwar wegen Anreizung von Haß und Verachtung gegen die Behörde, wegen Entstellung und geschäffter Darstellung von Thatsachen und Anreizung zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit durch die Erklärung (der Berliner Redactionen) und in Anbetracht der Gesamthaltung des Blattes in der jüngsten Zeit — eine Verwarnung erhalten. Auch der „National-Zeitung“ soll eine solche Verwarnung zugegangen sein, doch weiß ich hierüber nichts Bestimmtes. — Der Leichnam des verschundenen Regierungs-Assessors v. Pannwitz soll bei Prag gefunden worden sein. Nähere Angaben fehlen.

* [Zu der veröffentlichten Erklärung der Redactionen der Berliner liberalen Zeitungen] bemerkt die „Kreuzzeitung“: „Haben diese Redactionen nicht bedacht, daß ihre Collectio-Erklärung für die Staats-Regierung gewiß nur ein Grund mehr sein wird, auf dem betretenen Wege kräftig vorwärts zu gehen? Wenn es in der Presse so weit gekommen ist, daß sie der Staats-Regierung in solcher

Weise und in solchem Tone gegenüber zu treten wagt, so wird der Regierung ja gerade die Ueberzeugung aufgedrängt, daß nur die schärfste und rückhaltlose Anwendung der durch die Verordnung in ihre Hand gelegten Macht dazu führe, daß die richtige Stellung wieder gewonnen werde! Wollten das jene Redactionen?“

* [Aus der Sitzung der Stadtverordneten,] in welcher die Deputation an Se. Majestät den König beschloffen wurde, theilt die „Kreuztg.“ nach der „Nationaltg.“ folgendes mit:

Vorsitzender Kochmann: Es könnte angezweifelt werden, ob der vorliegende Antrag eine Gemeinde-Angelegenheit betrifft und ob wir ein Recht haben, darüber in Verathung zu treten. Die Entscheidung dafür geben die § 35 der Städte-Ordnung und § 21 der Geschäfts-Ordnung (beide Paragraphen werden verlesen). Ich erkenne hiernach den Antrag als eine Gemeinde-Angelegenheit und fühle mich nicht befugt, der Beschlußnahme darüber entgegen zu treten. Wir würden dem Geiste der Städte-Ordnung nicht entsprechen, wollten wir diese nach dem todtten Buchstaben und so auslegen, daß nur die materiellen Interessen der Einwohner, nicht aber zugleich die höheren geistigen und sittlichen als Gemeinde-Angelegenheit zu betrachten wären. Es heiße unsere Stellung und unsere ganze Zeit geradezu verleugnen, wollten wir eine solche engherzige Deutung zulassen. Wer von Ihnen, m. H., fühlt nicht mit tiefem Schmerz, welch großes Unglück durch die Maßregeln der Regierung über Volk und Land gekommen ist? Die Bahnen des Gesetzes sind verlassen, das Rechtsbewußtsein ist erschüttert, der Friede im Innern des Landes zerstört, Wohlstand und Creditverhältnisse sind bedroht, die Bestrebungen des Volkes sind verkannt und das Vaterland hat eine große Demüthigung erlitten. Wollen Sie das ruhig hinnehmen, ohne Ihre mahnende Stimme zu erheben? Meine Herren, außer dem geschriebenen Gesetz, welches die Grundlage unseres Gemeinlebens bildet, gibt es noch ein höheres, sittliches, das wir in tiefer Brust bewahren — das Gewissen. Aus dem Drange des Gewissens lassen Sie uns, die Vertreter der Hauptstadt, Sr. Maj. dem König in Ehrfurcht, aber ohne Menschenfurcht, nach innigster Ueberzeugung die volle Wahrheit sagen. Wir sind zu diesem Schritt verpflichtet, weil wir Sr. Majestät dem Könige Treue gelobt haben, und weil wir ihm und dem Königshause die Liebe und Treue des ganzen Volkes erhalten wollen.

Stadt v. Weibom glaubt als Nichter nicht mehr zur Sache sprechen zu dürfen, und empfiehlt die möglichst einstimmige Annahme des Antrages.

— Stadt v. Dr. erklärt sich materiell damit einverstanden, aber nicht mit der Ausdehnung des § 35. Wenn von einer Seite über Gesetz und Recht hinweggegangen, so zieme es einer großen Corporation, streng daran festzuhalten; dann sei sie stark, sonst schwach. — Stadt v. Dr. v. Schow legt die Veredlung der Verammlung dar und bezieht sich namentlich auf die Creditverhältnisse. — Stadt v. Schaffer: Wenn man den § 35, wie gegeben, auslege, so könne die Verammlung Alles vor ihr Forum ziehen, auch das Militärgesetz, welches sie noch tiefer berühre. Außerdem sei auch die Sache ganz unnütz und gewiß erfolglos. — Stadt v. Flug spricht sich für den Antrag energisch aus; auch Stadtverordneter Reimer erklärte, mit seinem Freunde Zeit nicht übereinstimmen zu können. Was sei mehr Gemeindefache, als was die ganze Stadt wie ein Alp drücke. Es sei eine Gemeinde-Angelegenheit, weil durch die Preisverordnung vom 1. Juni eine zahlreiche Klasse von Einwohnern in ihrem Eigenthum bedroht sei. — Stadt v. Gneist: Keine Städte-Ordnung könne Vorschriften geben für einen Fall wie den jetzigen, wo die Regierung vorgeht ohne und gegen die Verfassung. Es sei die Tradition dieser Stadt, daß die Commune bei jedem freudigen und traurigen Ereigniß unseres Königshauses sich dem Throne nahe. So sei es auch jetzt Pflicht, dies zu thun; wir haben nur die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, ob wir gnädig oder ungnädig aufgenommen werden. Von wem soll der König die Wahrheit sonst hören? Solle er, sagen Sie? Sie dürfen und wollen nicht; Militärsbeamte würden gegen den Gehorsam handeln; Civilbeamte können es nicht, denn sie sind im Ministerium repräsentirt. Eine Gefahr des Politisirens ist nicht da, darüber sind wir hinaus; jetzt aber ist die Verfassung im Zusammenbruch.

Hiernach wird der Antrag mit 66 gegen 14 Stimmen angenommen, und die Herren Kochmann, Effer, v. Weibom, Küttig, Halke, Reimer werden zu Mitgliedern der Deputation erwählt.

Gierzy bemerkt die „Kreuztg.“, daß die Theorie, durch die Herr Kochmann hier das Recht der Stadtverordneten auf Verathung dieses Antrages begründet, wohl einzig in ihrer Art bleiben wird für alle Zeiten.

Ferner berichtet die „Kreuztg.“ nach der „Nationaltg.“ über eine Verammlung von Wahlmännern des ersten Berliner Wahlbezirks, die gestern Abend in Arnims Hotel abgehalten ward, folgendermaßen:

Es wurde ohne Discussion die nachfolgende Resolution fast einstimmig (gegen drei dissentirende Stimmen) angenommen: „Die heute versammelten Wahlmänner und Urwähler des ersten Berliner Wahlbezirks, einverstanden mit den bisher von dem Abgeordnetenhaus vertretenen, und zuletzt in der Adresse ausgesprochenen Grundsätzen, erklären es für Pflicht jedes verfassungstreuen Preußen, der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses gegebenen Erwartung, daß gegenüber verfassungswidrigen Decretirungen am Rechte festgehalten werde, unverbrüchlich zu entsprechen.“ — Sodann faßte die Verammlung, gleichfalls ohne Discussion, den einstimmigen Beschluß, daß der Berliner Stadtverordnetenversammlung für den in ihrer heutigen Sitzung angenommenen Antrag der Dank der versammelten Wahlmänner und Urwähler ausgesprochen werde. — Endlich ward noch mit Beziehung auf die Verordnung wegen der Presse vom 1. Juni d. J. die nachstehende Resolution ohne Debatte angenommen:

„Die Verammlung der Wahlmänner und Urwähler des ersten Berliner Wahlbezirks erklärt als ihre Ueberzeugung: 1. In Erwägung, daß nach Artikel 63 der Verfassung in Abwesenheit des Landtages Verordnungen mit Gesetzeskraft nur dann erlassen werden können, a. wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befestigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, b. unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums, c. insofern sie der Verfassung nicht zuwiderlaufen; — 11. In Erwägung, daß diese Bedingungen bei der am 1. Juni 1863 erlassenen Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitchriften, nicht zutreffen, da a. seit dem am 27. Mai erfolgten Schluß des Landtages weder die öffentliche Sicherheit gefährdet worden, noch ein ungewöhnlicher Nothstand eingetreten ist, da b. ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz nicht existirt, da c. nach Art. 27 der Verfassung Beschränkungen der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen dürfen, eine solche Verordnung aber für ein Gesetz nicht anzusehen ist, — daß die unter Gegenzeichnung des gesammten Staatsministeriums unter dem 1. Juni 1863 erlassene Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitchriften, mit den Artikeln 63 und 27 der Verfassung im Widerspruch steht.“

Die „Kreuztg.“ bemerkt hierzu: „Wer wird, wenn er die hier zusammengestellten Nachrichten überblickt, daran zweifeln, daß diesem gleichzeitigen Auftreten der Presse und dem der demokratischen Stadtverordneten und der unbefugten Wahlmänner-Versammlungen eine Verabredung zum Grunde liegt?“

Aber gerade um deswillen wird die Regierung sich ja um so mehr veranlaßt sehen, nach allen Seiten hin gleichzeitig die Autorität des königlichen Regiments zu wahren. Man kann sich doch oben so wenig darüber täuschen, wie es unten der Fall ist, daß die jetzige Haltung entzweifelnd ist.“

[Drohbrief.] Herr v. Bismarck hat, wie der „Publizist“ meldet, einen mit rother Dinte geschriebenen Drohbrief aus Breslau erhalten, und zwar mit der Unterschrift: „Die Gesellschaft der Antis-Bismarckianer zu Breslau“.

[Graf v. Driolla +.] Aus Görlitz ist heute Früh die Meldung hier eingegangen, daß der bisherige k. Gesandte im Haag, Graf v. Driolla, welcher bekanntlich in Trerinn verfallen war, in der Heil-

Anstalt zu Görlitz gestern Früh, als er eben den Kaffee getrunken hatte, plötzlich am Schlagflusse verstorben ist. Wegen dieses Todesfalls hat die Palastdame Gräfin v. Driolla, die heute aus Breslau erwartet wurde, um ihre Funktionen bei der Königin-Augusta wieder zu übernehmen, einen mehrwöchentlichen Urlaub erhalten. Der verstorbene Gesandte ist bekanntlich ein Bruder des erst vor einigen Monaten begrabenen Generals Grafen v. Driolla. (B. B. Z.)

[Ueber die Art, wie man die gute Presse organisiren will,] giebt folgendes Altentück hinlängliche Auskunft:

Die königl. preussische Regierung zu Gumbinnen an die Landräthe des Bezirks. Der Herr Minister des Innern macht in einer vertraulichen Circularverfügung vom 9. Februar d. J. darauf aufmerksam, wie nothwendig es in jetziger Zeit ist, der fortwährenden Freileitung und Verführung der öffentlichen Meinung seitens der demokratischen Presse durch Gründung und Beförderung von Blättern einer gefunden conservativen Richtung zu begegnen, und wie dieß Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn dazu alle conservativen Kreise selbstthätig und in kräftiger Vereinigung mitwirken, und in diesem Streben durch alle Organe der Staatsregierung mit allen zu Gebot stehenden Mitteln gefördert werden. Der Herr Minister nimmt an, daß in den verschiedenen Kreisen des Bezirks „Männer von patriotischer Gesinnung“ in genügender Zahl vorhanden sind, welche die Verpflichtung anerkennen und durch ihre Verhältnisse in der Lage sind, sich der Gründung und Unterstüßung conservativer Blätter erfolgreich zu unterziehen, und sieht es als Aufgabe der Regierung an, diesen Männern in jeder Beziehung fördernd und erleichternd zur Seite zu stehen. Der Herr Minister hält zunächst geboten, die Kreisblätter der ersten Aufmerksamkeit zu unterwerfen, da diese Blätter nach den bei der ersten amtlichen Organisation leitenden Gesichtspunkten mit dazu dienen sollten, über die Handlungen der Regierung wahrheitsgetreue Aufklärung zu geben und den Enthaltungen des Parteimeißens entgegen zu wirken. Es soll deshalb nicht weiter zugelassen werden, daß Blätter, deren Verbreitung theilweise auf Zuwendung der amtlichen Bekanntmachungen beruht, diese Stellung zu einer feindlichen Einwirkung gegen die Staatsregierung mißbrauchen, und es soll auf Abänderung solcher Verhältnisse durch Lösung der bisherigen Verträge, Verbindung mit anderen conservativen Blättern oder Bildung neuer Kreisblätter, ebenfalls für mehrere Kreise zusammen, gewirkt werden. Es soll demnach den Kreisblättern, so weit es nicht schon jetzt der Fall ist, wenn irgend möglich, ein kurzer politischer Inhalt gegeben werden, um den Lesern die nothwendige Belehrung über die Lage der inneren Landesverhältnisse und eine gebräugte Uebersicht der wichtigsten Weltereignisse darzubieten. Von der Benutzung der jetzigen Kreisblätter zu diesem Zwecke soll jedoch in den Fällen Abstand genommen werden, wo dieselben bisher nur Bekanntmachungen enthalten haben, und wo gleichzeitig ihre Erhaltung wesentlich auf Zuwendung solcher Kreisstände beruht, deren Geneigtheit für eine Veränderung in oben angegebenen Sinne nicht voraussehen ist, bei denen vielmehr zu befürchten ist, daß darüber Spaltungen innerhalb des Kreistages entstehen. Für solche Fälle soll das Kreisblatt in der bisherigen Weise fortgeführt und die Benutzung oder Gründung eines andern Blattes für die erwähnten Zwecke ins Auge gefaßt werden. Da die Beschaffung geeigneter Redactoren für kleinere politische Blätter meistens große Schwierigkeiten darbietet, so beabsichtigt der Herr Minister, für eine Einrichtung Sorge zu tragen, durch welche der bezügliche Stoff, so weit er für alle Theile der Monarchie gleichmäßig benutzt werden kann (kurze belebende Aufsätze, Uebersicht der Tages-Ereignisse und öffentlichen Verhandlungen, so wie sonstige Notizen von allgemeinem Interesse) in Berlin in geeigneter Weise bearbeitet und allwöchentlich auf den Raum eines gedruckten Quartblattes denjenigen Blättern, für die es gewünscht wird, zur Aufnahme zugeandt werden soll. Der Herr Minister hält es auch ausführbar, diesen politischen Theil jedem Blatte gegen eine geringe Entschädigung gleich in der erforderlichen Anzahl Exemplare zuzusenden, damit derselbe dem Blatt sofort beigelegt werden kann. Die Localredactionen hätten, abgesehen von den Bekanntmachungen und Annoncen, dann nur für die Mittheilungen von provinziellen und lokalem Interesse zu sorgen, und es würden sich dadurch die Kosten solcher Blätter erheblich vermindern, also die Begründung derselben sich erleichtern. Der Herr Minister hofft, daß nach diesen Andeutungen auch in diesem Regierungsbezirk etwas für „Verbesserung der Presse“ geschehen werde, und die gegenwärtige Mittheilung hat den Zweck, mich mit Sw. ac. darüber in Verbindung zu setzen, was hier unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zu thun sein möchte? Zunächst ist nach meiner Kenntniß von den Ansichten der hiesigen Kreisstände und nach der Einrichtung unserer Kreisblätter, welche sämmtlich von den Herren Landräthen selbst redigirt, und neben einigen Annoncen nur zu amtlichen Bekanntmachungen benutzt werden, von einer Umgestaltung dieser Kreisblätter in solche mit politischem Inhalt wohl ganz abzusehen; es dürfte nach den Erfahrungen, welche bei Gelegenheit einzelner Bekanntmachungen politischen Inhalts durch jene Blätter bisher gemacht worden sind, wohl feststehen, daß solche Umänderung auf entschiedenen Widerspruch in den Kreisversammlungen stießen, und das Eingeben der aus den Mitteln des Kreistages gegründeten Blätter zum Nachtheil des Dienstes zur Folge haben würde. Sollte ich mit dieser Annahme hinsichtlich des Ihrer Verwaltung untergebenen Kreises im Irrthum sein, so bitte ich um baldige förmliche Verichtigung meiner Ansicht und um Bericht darüber, wie Sie glauben, der Absicht des Herrn Ministers durch Umgestaltung des Kreisblattes entsprechen zu können. Wenn meine Ansicht gegründet sein sollte, so wird sich weiter fragen, ob die Verhältnisse es gestatten, ein neues Blatt nach den Absichten des Herrn Ministers, vielleicht für mehrere Kreise zu gründen? Ich bejorge, daß auch dieser Zweck bei der einmal hier im Departement jetzt vorherrschenden Gesinnung nicht ausführbar sein wird, ebensowohl, weil es an der nöthigen Redaction fehlen werde, als weil die Mittel zur Begründung und Erhaltung des Blattes nicht zu schaffen sein werden. Es wird jedoch der Versuch durch Rücksprache mit den geeigneten Persönlichkeiten im Kreise gemacht und das Ergebnis in Zeit von vier Wochen mir angezeigt werden müssen. Ich glaube dabei darauf schon hier aufmerksam machen zu müssen, daß bei dem, gegen alles von Beamten Ausgehende verbreiteten und abschließend unterhaltenen Mißtrauen, hier ein solches Blatt eine größere Wirksamkeit und Verbreitung nur dann gewinnen wird, wenn dasselbe nicht als ein amtliches betrachtet, sondern von Privatpersonen begründet und durch sie erhalten und verbreitet wird; daß die amtlichen Organe ein solches Blatt soweit möglich unterstützen müssen, versteht sich von selbst. Kann die Gründung eines solchen neuen Blattes dort auch in Verbindung mit Nachbarstellen nicht herbeigeführt werden, so fragt sich endlich, ob es nicht möglich sein sollte, in dem Kreise einen Verein zur Verbreitung conservativer Schriften zu bilden, welcher Mittel zusammenbringt, damit er solche Schriften anschafft, und diese vorläufig unentgeltlich vertheilt, bis der Geschmack an diesen Schriften dahin führt, daß sie in größerer Zahl von Privaten gehalten und verbreitet werden. Es könnte dieser Verein die vom Herrn Minister in Aussicht gestellten Mittheilungen für seine Zwecke benutzen, außerdem aber alle conservativen Blätter, welche den lokalen Verhältnissen am entsprechenden erscheinen. Ein solcher Verein hat sich ohne jede Ornamentation im hiesigen Kreise schon gebildet und mindestens einen nützlichen Anfang seiner Thätigkeit ergeben. Auch hier wird die Wirksamkeit um so größer sein, je weniger dieselbe sich als aus amtlichen Quellen fließend darstellt. Sw. ac. wollen mir in dem oben angegebenen Termin mittheilen, welche Wege Sie zur Erfüllung des gewünschten Zweckes einzuschlagen haben, insbesondere mit welchen Persönlichkeiten Sie deshalb in Verbindung getreten sind, und mit welchem Erfolge? Sie wollen Ihrem Berichte eine Uebersicht beilegen, aus welcher sich ergibt: 1) welche Blätter für die einzelnen Kreise die amtlichen Organe sind; 2) wer der Herausgeber, wer der Redacteur ist; 3) ob und inwiefern das Bestehen des Blattes bisher von Bewilligungen der Kreisstände abhängig gewesen ist; 4) wie das Verhältnis des Landrathsamtes zum Blatte geregelt ist; 5) ob das Blatt bisher außer den Anzeigen noch anderen Inhalts, und zwar nur Unterhaltungsstoff oder auch politischen gebracht hat, und in welcher Richtung; 6) ob und welche neue Einrichtungen im Werke sind; 7) ob die Zusendungen politischen Stoffes von hier gewünscht ist, und zwar in einem Exemplar oder in der Höhe der Auflage des Blattes; 8) welche Blätter politischen Inhalts sonst noch im Kreise existiren und welcher Richtung sie angehören. Sie erlaube mir Sw. ac. die Förderung dieser Angelegenheit dringend und ergebenst ans Herz zu legen. Gumbinnen, 8. März 1863. Der Regierungspräsident: v. Kries.

*) Die im heutigen Morgenbl. gegebene telegr. Mittheilung, daß sämtliche Zeitungen, welche die Erklärung unterschrieben, eine Verwarnung erhalten, scheint sich demnach nicht zu betätigen. D. Red.

